

Was die SPD verschweigt...

● Materialien zur sozialpolitischen Argumentation

Inhaltsverzeichnis	Seite
Umfang des Sozialstaates	3
Arbeitsmarkt	5
Arbeitnehmerpolitik	8
Einkommen	11
Familienpolitik	12
Seniorenpolitik	14
Rentenpolitik	15
Agrar-Sozialreform	17
Gesundheitspolitik	18
Wohnungspolitik	20
BAföG	23
Aufbau neue Länder	24

Diese Dokumentation ist eine aktualisierte Fassung der im Oktober an die Landes- und Kreisvorsitzenden versandten Argumentationshilfe

Für die SPD hat der Wahlkampf des Superwahljahres 1994 begonnen: Polemik gegen die Regierungsparteien in Bonn ist an die Stelle der sachlichen Auseinandersetzung um Inhalte getreten. Zentraler Vorwurf an die CDU, mit dem Scharping seine zerstrittene SPD einen will, ist das Schlagwort vom angeblichen „Sozialabbau“. Der krampfhafteste Versuch, die SPD als Partei der „Sozialen Gerechtigkeit“ darzustellen, führt sogar dazu, daß Binsenweisheiten als politische Kampfpapieren diffamiert werden.

In den Kanzlerworten: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ oder: „Wir müssen umdenken“ sieht Scharping „Stichworte, die durch die öffentliche Debatte geistern“. Lafontaine muß sich sogar für seine Feststellung entschuldigen, daß die Löhne sich vor allem an der Produktivitätsentwicklung orientieren müssen: Auch dies ist jedoch eine Binsenweisheit, die in jedem Lehrbuch der Ökonomie nachzulesen ist.

Als christliche Demokraten sagen wir: Wer mit falschen Behauptungen, einseitigen Darstellungen und düsteren Zukunftsszenarien die Ängste der Menschen um die soziale Sicherheit und den Arbeitsplatz schürt, steht nicht mehr auf dem Boden sachlicher Argumentation und solider Meinungsbildung, auf die mündige Bürger einen Anspruch haben.

In den jüngsten Publikationen der SPD findet sich kein Wort davon, daß für die schwierige wirtschaftliche Situation gerade in den neuen Ländern doch wohl nicht die CDU-geführte Bundesregierung, sondern die 40jährige Diktatur der Sozialisten verantwortlich ist. Es findet sich auch kein Wort davon, daß es die CDU war, unter deren Führung die staatliche Einheit Deutschlands hergestellt wurde und wir nun angetreten sind, um die innere Einheit unseres Vaterlandes zu vollenden. Es findet sich auch kein Wort davon, daß nach neuesten Umfragen der weit überwiegende Teil des deutschen Volkes uneingeschränkt zur deutschen Einheit steht. In den neuen Ländern ist die Mehrheit sogar der Ansicht, daß unter den besonderen Umständen die Einheit nur so und nicht anders hat vollzogen werden können.

Der Aufbau in den neuen Ländern, die Umstrukturierung der Wirtschaft auch im Westen und die Überwindung der weltweiten konjunkturellen Schwäche erfordert von allen Gruppen der Gesellschaft die Bereitschaft, eingefahrene Gleise zu verlassen und auch in der Sozialpolitik neue Wege zu beschreiten.

Nicht so die SPD. Sie verweigert sich der konstruktiven Mitarbeit. Sie ist nach wie vor programmatisch unklar und personell zerstritten. Die SPD weiß auf die Fragen unserer Zeit keine Antwort.

Doch ein Kapitän auf der Brücke eines Schiffes in schwerer See sollte seinen Blick lieber nach vorne richten, anstatt den einen oder anderen Wirbel im Kielwasser seines Dampfers zu kommentieren.

Nach jüngsten Umfragen im November wird deutlich, daß nur jeder 10. Deutsche der SPD zutraut, daß sie mit den Problemen in Deutschland fertig wird. Somit ist sie keine Alternative zur Politik der CDU für ein wiedervereinigtes Deutschland. (Forsa-Umfrage vom 12. November 1993)

Scharping sollte ausnahmsweise auf den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerd Schröder hören, der zu Recht feststellte: „Ich kann doch Kohl nicht kritisieren, wenn er darauf hinweist, daß er keinen Dukatenesel im Garten des Kanzleramtes hat.“ (Focus, 2. August 1993).

Umfang des Sozialstaates

Die SPD behauptet:

„Die Politik der sozialen Kälte gefährdet die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Frieden.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Der Umfang des Sozialbudgets betrug 1992 mehr als eine Billion DM und war damit fast doppelt so hoch wie 1982. Mit einem Anteil von etwa einem Drittel am Bruttosozialprodukt ist die sog. „Sozialleistungsquote“ höher als jemals zuvor. Dabei flossen keineswegs die meisten Mittel in die neuen Länder: Im Westen wurden hiervon etwa 830 Mrd. DM aufgewendet.

2. Die durchschnittlichen Sozialausgaben pro Bürger im Jahr 1992 betragen in den neuen Bundesländern 11.042 DM, in den alten Bundesländern 12.773 DM. 1982 waren das nur 8.552 DM, d. h. 4.221 DM weniger.

3. Gerade in den SPD-regierten Ländern ist der Anteil der Sozialhilfeempfänger am größten. Offensichtlich versagen die Sozialdemokraten dort, wo sie selbst politische Verantwortung tragen.

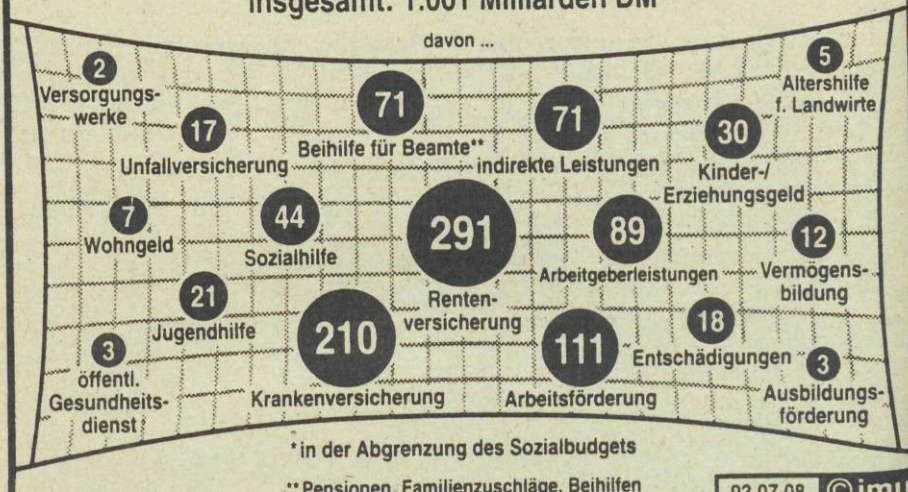
4. Die Lebensverhältnisse in West und Ost gleichen sich schrittweise an. Viele Haushalte in den neuen Ländern können sich heute Dinge leisten, die vor vier Jahren noch unerreichbar waren. Auch in den meisten ostdeutschen Haushalten ist inzwischen ein Farbfernsehgerät und ein Pkw westlicher Bauart zur Selbstverständlichkeit geworden. Videorecorder oder Heimcomputer stehen dort mittlerweile in fast ebenso vielen Haushalten wie in den alten Ländern.

Fazit: Deutschland ist weltweit führend in der Sozialpolitik. In unserem Land wird heute mehr für die soziale Sicherung getan als je zuvor.

Zu Punkt 1:

Das soziale Netz

Ausgaben zur sozialen Sicherung der Bundesbürger 1992, gesamtdeutsch
insgesamt: 1.001 Milliarden DM*



* in der Abgrenzung des Sozialbudgets

** Pensionen, Familienzuschläge, Beihilfen

93 07 08 © imu

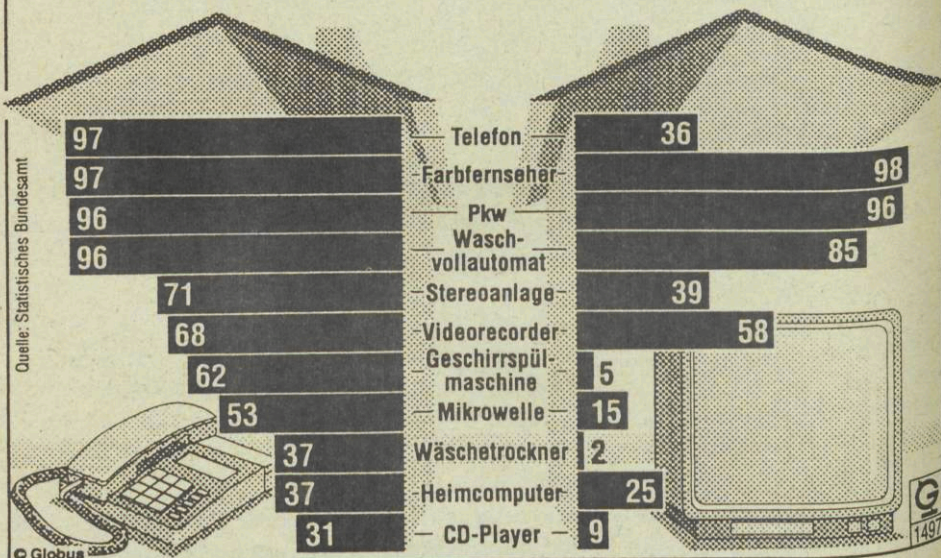
Quelle: BMA

Zu Punkt 4: Lebensstandard deutscher Haushalte

Von je 100 Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen
besaßen Ende 1992

in Westdeutschland

in Ostdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

© Globus

1497

Arbeitsmarkt

Die SPD behauptet:

„Der Bundesarbeitsminister läßt sehenden Auges die Arbeitslosen im Osten im Stich.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. In den neuen Ländern fallen zwar nach wie vor zahlreiche Arbeitsplätze in unrentablen Betrieben weg, hierfür entstehen jedoch ebenso viele neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Der Umbau der Wirtschaft kommt zügig voran, die Talfahrt ist offensichtlich beendet.
2. Aufgrund der Gemeinschaftsinitiative des Bundes und der Länder konnten die Arbeitsämter in den neuen Bundesländern seit dem 23. September 10.000 zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze anbieten. Damit ist der Ausbildungsjahrgang '93 untergebracht, die Bundesregierung hat ihr Versprechen gehalten.
3. 1992 wurden im Jahresdurchschnitt 388.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Osten finanziert. Das waren dreizehnmal soviel wie 1982 in der alten Bundesrepublik.

Gegenüberstellung der ABM 1982 zu 1992

	1982 alte Bundesländer	1992 alte Bundesländer	1992 neue Bundesländer
Arbeitslose	1 880 000	1 800 000	1 170 000
ABM-Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	29 189	78 128	388 000
Ausgaben auf 1 000 Arbeitslose	869 Mio. DM 15 ABMs	2,5 Mrd. DM 43 ABMs	331 ABMs
	18% der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik		fast 50% der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik

4. Zum 1. 1. 1993 ist das Arbeitsförderungsgesetz mit der Ergänzung des § 249 h AFG (Lohnkostenzuschuß Ost) in Kraft getreten. Der § 249 h AFG bewirkt eine Verzahnung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Für längere Zeit, nämlich drei Jahre, wird ein Arbeitsplatz in einem Unternehmen geschaffen. Der Arbeitgeber erhält damit Planungssicherheit, während der Arbeitnehmer Arbeitsplatzsicherheit hat.

Die Inanspruchnahme dieses neuen Instruments der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist nicht auf eine bestimmte Anzahl von Geförderten begrenzt, denn die Schaffung weiterer Stellen ist kostenneutral möglich. Im Oktober 1993 waren bereits 50.000 Arbeitsplätze gemäß § 249 h AFG eingerichtet, bis Jahresende werden es voraussichtlich fast 80.000 Stellen sein.

5. Durch die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, d. h. berufliche Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld, wurde der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern im Oktober 1993 um rund 1,4 Mio. Arbeitsuchende entlastet.

6. Die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wurde ab dem 1. 9. 1993 bis zum 30. 12. 1994 von 18 auf 24 Monate verlängert. Damit wird der Spielraum des bewährten arbeitsmarktpolitischen Instruments „Kurzarbeitergeld“ voll ausgeschöpft, um der außergewöhnlichen Arbeitsmarktlage Rechnung zu tragen.

7. Zur Förderung von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern ist ein Sonderprogramm zur „Förderung der Einrichtung von Institutionen der beruflichen Weiterbildung in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins“ eingeführt worden, in dem 434 Mio. DM zum Aufbau von modellhaften Weiterbildungseinrichtungen in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden.

8. Ein Sonderprogramm zur „Förderung der Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik“ wurde eingerichtet, bei dem im Frühjahr 1992 eine Neuausrichtung auf Modellprojekte zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen auf die neuen Bundesländer erfolgt. Bis 1998 stehen jährlich 5 Mio. DM zur Verfügung.

Fazit: Arbeitsmarktpolitik hat in der Politik der Bundesregierung einen besonderen Stellenwert. Davon profitieren die Bürger in den neuen Ländern, von denen schwierige Anpassungsprozesse verlangt werden, in besonderer Weise. Für die arbeitslosen Menschen im Osten wurde durch die Einführung des § 249h in das AFG eine wegweisende Entscheidung für den Einsatz produktiver Beschäftigung statt der

Zahlung von Arbeitslosengeld oder -hilfe getroffen sowie außerdem Akzente durch Sonderprogramme und ABM gesetzt.

Die SPD behauptet:

Das Schlechtwettergeld würde gestrichen und dies bedeute Sozialabbau.

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Sogar die IG Bau Steine Erden hat bereits in ihrem Positionspapier vom 1. August 1992 erklärt: „Trotz einer auf absehbare Zeit hohen bauwirtschaftlichen Nachfrage leisten wir uns in Deutschland im Gegensatz zu Nachbarländern mit weit schwierigeren Witterungsbedingungen wie zum Beispiel Schweden den **Luxus, die vorhandenen Kapazitäten nur unreichend auszulasten.** Selbst in milden Wintern wie auch zum Beispiel 1991/92 sinken die Bauleistungen drastisch ab und steigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Baugewerbe deutlich an. (...) Ganzjährige Bautätigkeit ist sowohl wirtschaftlich sinnvoll als auch beschäftigungspolitisch notwendig.“

2. Bereits in der Debatte des Deutschen Bundestages am 19. Mai 1972 zur Winterbaunovelle wurde gefordert, verstärkt Bemühungen zur **Verwirklichung des ganzjährigen Bauens** durchzuführen. Hierzu gehören unter anderem die angemessene Verteilung des Beginns öffentlicher Bauvorhaben aufs ganze Jahr sowie winterbaugerechte Baukoordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, um damit eine verstärkte Bautätigkeit im Winter zu fördern.

3. Im Rahmen der laufenden Gesetzesberatung wird überlegt, das Schlechtwettergeld bis 1996 weiter zu gewähren. Dann wären die Tarifparteien aufgefordert und in der Lage, Jahresarbeitsverträge abzuschließen.

Fazit: Von sozialer Not im Baugewerbe kann auch dann keine Rede sein, wenn das Schlechtwettergeld abgeschafft wird.

Die SPD behauptet:

„Bereits zur Jahresmitte 1993 waren die Mittel für Sonderprogramme zugunsten der Personengruppen (Langzeitarbeitslose, älterer Arbeitnehmer) ausgegeben.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

Die Bundesregierung hat das bisherige Sonderprogramm für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose bis 1998 in das Arbeitsförderungs-gesetz

übernommen. Damit wird das Sonderprogramm in eine neue reguläre Leistung des Gesetzes umgewandelt. Gerade in schwierigen Zeiten mit hoher Arbeitslosigkeit und knappen finanziellen Mitteln müssen die Hilfen auf Arbeitslose konzentriert werden, die in dem sich verschärfenden Wettbewerb um Arbeitsplätze besonders benachteiligt sind.

Fazit: Die Bundesregierung setzt einen neuen qualitativen Akzent in der Arbeitsmarktpolitik für besonders Benachteiligte.

Arbeitnehmerpolitik

Die SPD behauptet:

„Die Regierung Kohl schwächt die Position der einzelnen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

- 1.** Die neuen gesetzlichen Kündigungsfristen, die im Oktober 1993 in Kraft getreten sind, bringen erhebliche **Verbesserungen für mehr als 18 Millionen Arbeitnehmer**, insbesondere in den neuen Bundesländern. Für diese Arbeitnehmer wird die Grundkündigungsfrist von zwei auf vier Wochen verdoppelt.
- 2.** Auch die Kündigungsfristen bei langjähriger Betriebszugehörigkeit werden verlängert. Nach fünfjähriger Betriebszugehörigkeit ist die Kündigungsfrist nun doppelt so hoch wie bisher.

Das Gesetz ist ein wichtiger Meilenstein zur weiteren Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten und zur Angleichung der arbeitsrechtlichen Regelung in den alten und neuen Bundesländern. Es orientiert sich in wichtigen Grundelementen an dem von der IG Chemie und der DAG abgeschlossenen Manteltarifvertrag für die chemische Industrie in 1993. Zum Teil sind im Gesetz sogar längere Fristen vorgesehen als in diesem Tarifvertrag. Dagegen wiegt die Reduzierung der Grundkündigungsfristen für Angestellte im Westen gering, zumal viele Kündigungsfristen gesondert in Tarifverträgen geregelt sind.

Die SPD behauptet:

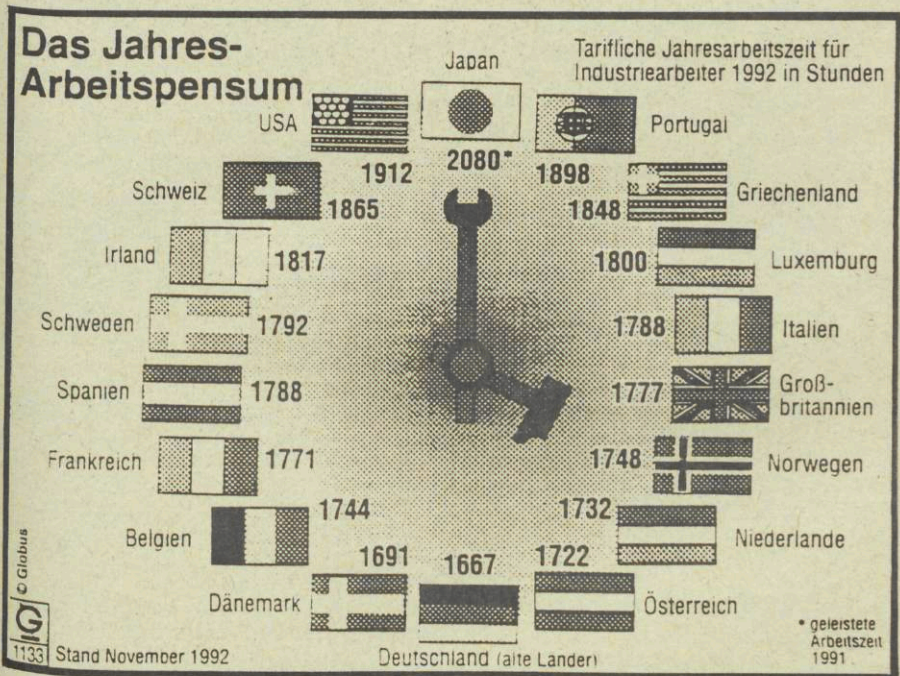
Der Bundeskanzler müsse endlich sein Wort vom kollektiven Freizeitpark zurücknehmen.

Die SPD verschweigt aber den genauen Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers:

„Mit immer kürzerer Arbeitszeit bei steigenden Lohnkosten und immer mehr Urlaub gerät unsere Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr. Wir haben heute im Durchschnitt sechs Wochen Urlaub und zwölf Feiertage pro Jahr. Bei der wöchentlichen Arbeitszeit liegen wir gleichzeitig mit durchschnittlich 37,5 Stunden niedriger als alle unsere Konkurrenten. Und dennoch scheint es nichts Wichtigeres zu geben, als darüber nachzudenken, wie wir die Freizeit immer weiter ausbauen. Die Zukunft Deutschlands kann nicht gesichert werden, wenn wir unser Land als kollektiven Freizeitpark organisieren.“
(Helmut Kohl in der Regierungserklärung am 21. Oktober 1993 in Bonn)

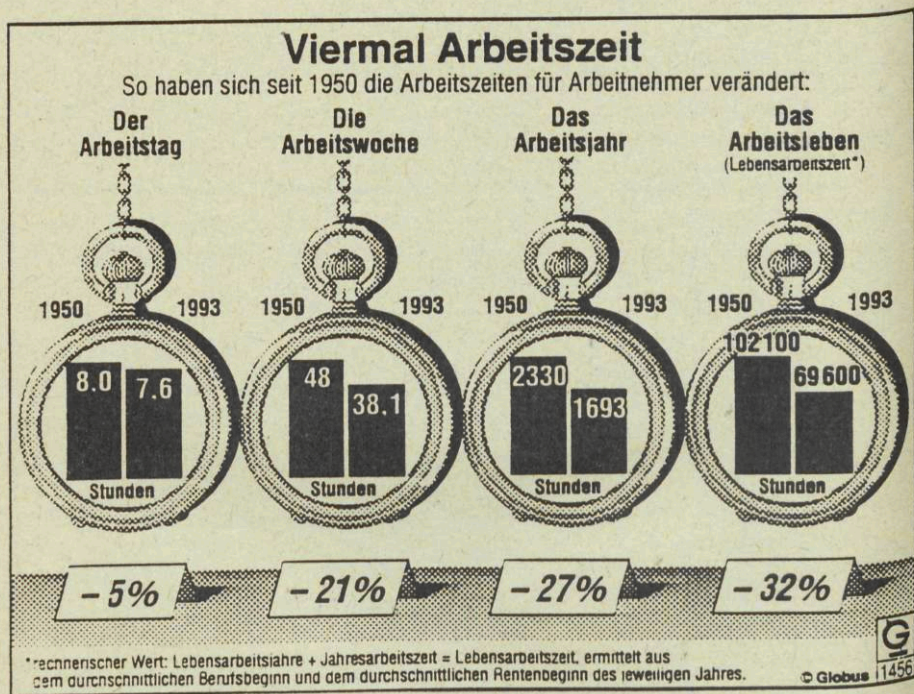
Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Wenn es die Deutschen den Japanern in punkto Arbeitseifer gleich tun wollten, müßten sie nicht nur auf ihren gesamten Jahresurlaub von knapp 31



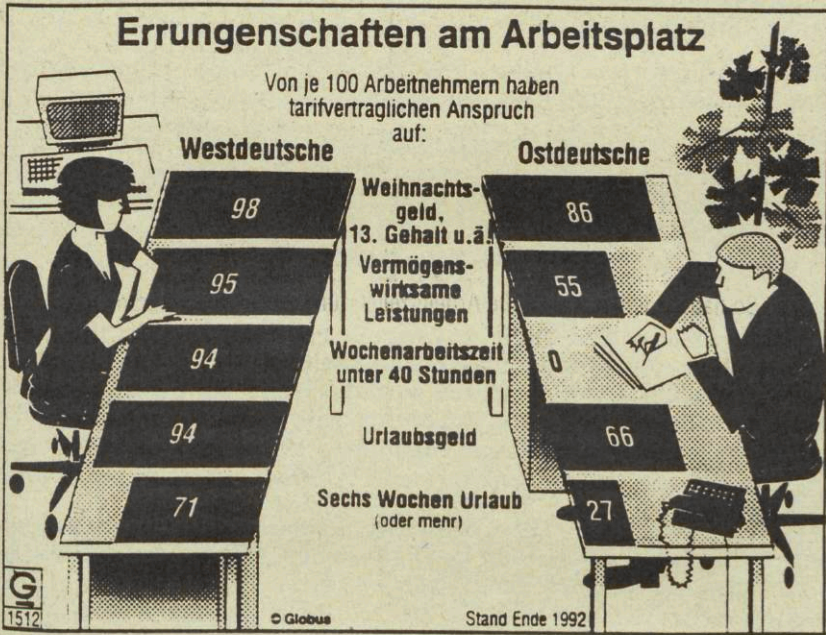
Arbeitstagen verzichten, sondern außerdem noch fast an jedem zweiten Samstag voll arbeiten, denn den deutschen Industriearbeiter trennen im Jahr 413 Arbeitsstunden von seinen japanischen Kollegen.

2. Die Arbeitszeiten für Arbeitnehmer in Deutschland haben sich in den letzten Jahren stark verringert. Ursächlich hierfür waren neben der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit vor allem die Einführung der 5-Tage-Woche, die Verlängerung des Jahresurlaubs auf heute durchschnittlich fast 6 Wochen sowie der Rückgang der Lebensarbeitszeit durch längere Ausbildungszeiten und vorgezogene Altersrenten. Im Ergebnis weist die Bundesrepublik derzeit weltweit die kürzesten Arbeitszeiten aller Industrieländer auf.



3. Vieles, an das wir uns in letzter Zeit gewöhnt haben, war noch vor wenigen Jahren keinesfalls selbstverständlich. Angesichts der Standortprobleme und der schwierigen Situation vieler arbeitsloser Menschen ist das

starre Festhalten an erworbenen Besitzständen fehl am Platze. Es ist deshalb auch von den Sozialdemokraten zu hinterfragen, auf welche Errungenschaften wir im Interesse der Arbeitsplatzsicherheit für viele verzichten können.



Fazit: Die CDU sorgt für eine gerechte Politik für Arbeitnehmer im Rahmen des sozialverträglichen Umbaus des Sozialstaates.

Einkommen

Die SPD behauptet:
 „Die Politik der Union geht zu Lasten der Bezieher geringer Einkommen.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

Besserverdienende tragen bereits heute eine erhebliche Last:

1. Knapp 30 Prozent der Steuerpflichtigen mit einem zu versteuernden Einkommen oberhalb von 60.000 DM tragen bereits über 70 Prozent der Lohn- und Einkommensteuerlast.
2. Lohn- und Gehaltserhöhungen wirken sich durch die progressive Zusatzbelastung vor allem bei den Besserverdienenden netto geringer aus.
3. Der Höchstsatz der Einkommensteuer greift seit 1958 praktisch unverändert ab einem Einkommen von heute 130.000/260.000 DM für Ledige bzw. Verheiratete. Damals entsprach dies dem 21fachen des Durchschnittseinkommens, heute entspricht es dem 2,5fachen. Der **Spitzensteuersatz setzt folglich immer früher bei den sog. „Besserverdienenden“ ein.**
4. Bezieher höherer Einkommen sind weiterhin von der Einführung von Einkommensgrenzen (Bruttojahreseinkommen 140.000 DM für Verheiratete/110.000 DM für Ledige) beim Kinder- und Erziehungsgeld betroffen. Oberhalb dieser Einkommensgrenzen wird das Kindergeld auf den Sockelbetrag von 70 DM reduziert. Das Erziehungsgeld wird bereits ab dem 1. Monat (vorher nach 6 Monaten) einkommensabhängig gewährt. Ferner werden beim Kindergeld die Einkünfte des Kindes stärker berücksichtigt.
5. Ab 1995 ist der dann wiedereingeführte **Solidaritätszuschlag**, der kleine Einkommen (unterhalb ca. 47.000 DM) gänzlich verschont und überwiegend von denen getragen wird, die bereits heute aufgrund ihrer hohen Einkommen hohe Steuern bezahlen, wichtiges Finanzierungsinstrument.

Fazit: Die Maßnahmen zielen darauf, Fehlentwicklungen zu beseitigen und einen gerechteren Abstand zwischen Beschäftigungsentgelten, Arbeitslosenunterstützungen und Sozialhilfe zu erreichen.

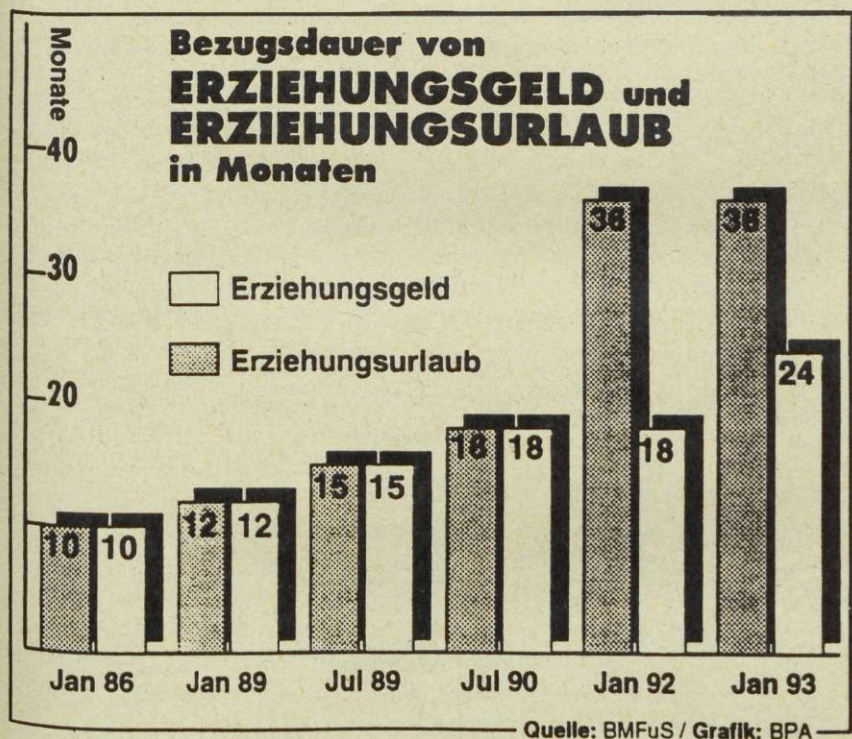
Familienpolitik

Die SPD behauptet,

die Interessenvertretung von Kindern und Familien verkümmere durch die Bundesregierung zur „Sprechblasenpolitik“.

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Die CDU hat den **Erziehungsurlaub** sowie die Zahlung eines **Erziehungsgeldes** für bis zu zwei Jahre eingeführt.



- 2. Die CDU hat das **Kindergeld** mehrfach erhöht. Für Familien mit kleinen Einkommen wurde zusätzlich ein **Kindergeldzuschlag** von bis zu 65,— DM pro Monat und Kind eingeführt.
- 3. Die CDU hat die **Steuerfreibeträge pro Kind** von 406 DM (1982) auf heute 4 106 DM mehr als verzehnfacht.
- 4. Eltern werden heute bei **Krankheit eines Kindes** unter 12 Jahren bis zu 20 Tagen von der Arbeit freigestellt. Unter SPD-Verantwortung waren es gerade fünf Tage, wenn das Kind nicht älter als 8 Jahre war.

5. Die Situation der **Alleinerziehenden** hat sich deutlich verbessert. Sie erhalten heute einen erweiterten Unterhaltsvorschuß, wenn der Unterhaltspflichtige sich seiner Verantwortung entzieht.

6. Durch die Neuordnung des **Kinder- und Jugendhilferechtes** im Jahr 1990 hat die Kinder- und Jugendhilfe nach jahrzehntelanger Diskussion eine neue Grundlage erhalten. Dies schafft und erhält positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien in einer kinder- und jugendfreundlicheren Umwelt.

7. Die CDU hat für Familien, die Wohneigentum erwerben, ein „**Baukindergeld**“ eingeführt.

Fazit: Die CDU hat in ihrer Regierungszeit das System der sozialen Sicherung für Familien durch Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld, Kindergeld, Kindergeldzuschläge und Baukindergeld sowie durch Verbesserungen für Alleinerziehende, Eltern kranker Kinder und die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht deutlich erweitert.

Seniorenpolitik

Die SPD erweckt den Eindruck,

sie würde sich der Anliegen der Senioren besonders annehmen.

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Die **Rentenreform 1992** brachte langfristige Sicherheit für ältere Menschen. Sie war das Werk Norbert Blüms und garantiert sichere und gerechte Renten für alle Rentnerinnen und Rentner. Die SPD hat sich aus gutem Grund dieser Politik nicht verweigert.

2. Die CDU hat sich der Anliegen der Senioren angenommen, bevor die SPD überhaupt merkte, daß ältere Menschen besondere Bedürfnisse und Wünsche in der Gesellschaft haben. Die Bundesregierung hat ein **Seniorenministerium** eingerichtet, die CDU eine „Senioren-Union“. Der erste Bundesaltenbericht steht kurz vor der Vollendung, damit ältere Bürger zukünftig gezielt unterstützt und gefördert werden können.

3. Dem Stellenwert der älteren Menschen in unserer Gesellschaft wird durch den zum 1. Januar 1992 neugeschaffenen **Bundesaltenplan** Rechnung getragen. Für die Senioren wurde damit eine vergleichbare Förderung gestartet, wie sie für die jungen Menschen durch den Bundesjugendplan

schon seit 1950 Tradition ist. Mit finanziellen Hilfen werden Aktivitäten der Seniorenarbeit finanziert, die den vielfältigen Bedürfnissen der älteren Menschen entsprechen. Sie dienen der Förderung der Selbständigkeit und gesellschaftlichen Beteiligung älterer Menschen sowie der Unterstützung hilfs- und pflegebedürftiger Senioren und dem Aufbau einer internationalen Seniorenpolitik.

4. Beispielhaft für die Unterstützung der Aktivitäten von Senioren ist die **Einrichtung von Seniorenbüros**, die derzeit im Rahmen eines Modellversuches durch die Bundesregierung gefördert werden. In den Seniorenbüros ist ein Treffpunkt für ältere Menschen geschaffen worden, der es ihnen ermöglicht, Erfahrungen mit der neuen sozialen Lage auszutauschen und mit anderen Menschen in Kontakt zu treten. Hier soll gezielt zur Aufnahme von Eigenaktivitäten und zum Aufbau von Selbsthilfegruppen angeregt werden. Das Konzept der Seniorenbüros knüpft an die bisherige betriebliche Altenbetreuung an.

5. Mit dem Betreuungsgesetz hat die CDU die Entmündigung abgeschafft, damit den Wünschen der Betreuten immer Rechnung getragen werden kann.

Fazit: In der Seniorenpolitik kann die SPD von der CDU noch viel lernen.

Rentenpolitik

Die SPD behauptet:

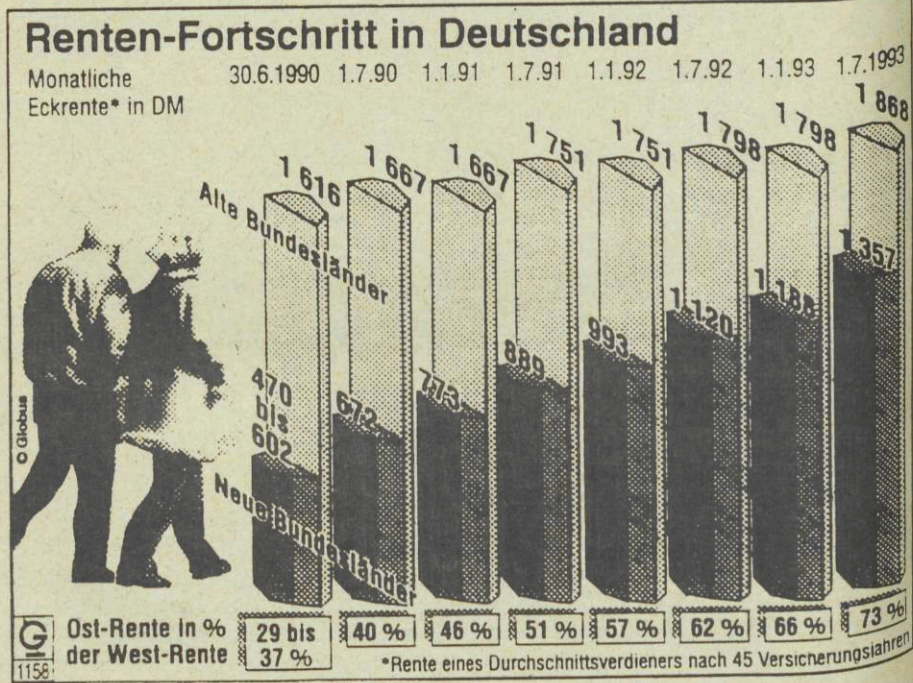
„Ohne die Mitwirkung der SPD bei der Rentenreform 1992 wären die Frauen noch weiter durch die Regierung Kohl in der Rente benachteiligt worden.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Im Oktober 1982 waren die Rentenfinanzen durch die sozialdemokratische Politik zerrüttet, die Rentenkassen standen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Es war die CDU, die die Rentenkassen zunächst saniert und dann reformiert hat.

2. Mit der Einführung der **Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht** hat die CDU-geführte Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur sozialen Sicherung der Frauen geleistet, was nur durch die verantwortungsbewußte und solide Politik der Regierung Helmut Kohl möglich war. Diese Kindererziehungszeiten können sowohl anspruchsbegründend als auch rentensteigernd wirken.

3. Die Rentenreform 1992 hat zusätzlich zu einer deutlichen **Verbesserung der Renten für Frauen** geführt, rund 80 Prozent der Frauen wurden durch die Rentenreform begünstigt. **Ihre Rente hat sich allein durch die Reform im Durchschnitt um 5,4 Prozent erhöht.** Besonders begünstigt sind Frauen mit Kindern. Für sie wirkt sich die Rentensteigerung bei einem Kind zu 5,5 Prozent, bei zwei Kindern um 7,4 Prozent und bei drei und mehr Kindern um 8,6 Prozent aus. Hierbei ist die Ausdehnung der Kindererziehungszeiten für Geburten nach 1992 noch nicht berücksichtigt.
4. Seit dem 1. Oktober 1990 werden auch alle Mütter der Jahrgänge vor 1921 durch die **Anerkennung von Kindererziehungszeiten** begünstigt.
5. Seit 1992 wird die **Pflege eines Pflegebedürftigen im Rentenrecht berücksichtigt**, was gerade für die Frauen, die häufig die Hauptlast der Pflege in häuslicher Umgebung tragen, eine deutliche Verbesserung ist.
6. Die **Höherbewertung der ersten Pflichtversicherungsjahre** begünstigt gerade Frauen ohne geschlossene Versicherungsbiographie. Die SPD verschweigt



auch, daß mit der Rentenreform 1992 Frauen, denen Beiträge aus Anlaß der Heirat erstattet worden sind, freiwillige Beiträge zu sehr günstigen Bedingungen für diese Zeiten nachentrichten können. Ausdrücklich wurde auf die im früheren Recht enthaltenen Einschränkungen verzichtet.

Fazit: Die Rentenpolitik der Regierung Helmut Kohl ist frauen- und familienfreundlich. Die Rentensituation für Frauen hat sich seit der Regierungsübernahme 1982 entscheidend verbessert. Das war das Werk Norbert Blüms. Die SPD tat damals gut daran, bei der Rentenreform mitzumachen.

Agrar-Sozialreform

Die SPD behauptet:

„Der Verzicht auf die Agrar-Sozialreform ist notwendig, da sie nicht finanzierbar ist!“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Die SPD redet zur sozialen Sicherung der Landwirte mit gespaltener Zunge. In einem Grußwort an den Deutschen Landfrauentag 1993 sagte Heide Simonis, Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein: „Wir brauchen endlich eine eigenständige soziale Sicherung der Bäuerinnen. (...) Die Reform der Agrar-Sozialreform verträgt keinen Aufschub mehr.“
2. Die Agrar-Sozialreform ist unabdingbar, da bei fortschreitendem Strukturwandel in der Landwirtschaft die Alterssicherung der Landwirte und ihrer Familien dauerhaft gesichert werden muß. Die Mittel dazu sind vorhanden; sie werden durch Umschichtungen und Einsparungen im Agrarhaushalt erbracht. Die Reform beinhaltet vor allem die eigenständige soziale Sicherung der Bäuerinnen.
3. Die CDU ist ein Garant für die Interessen der hart arbeitenden Landwirte und ihrer Familien. Es zeigt sich, daß die Bauern nichts, aber auch gar nichts von der SPD zu erwarten haben. Der Vorschlag der SPD-Finanzpolitiker ist unsozial und im höchsten Maße unverständlich.

Fazit: Schlimm ist, daß die Sozialdemokraten in unzulässiger Weise die bäuerlichen Familien verunsichern. Die Agrar-Sozialreform ist unabdingbar und finanzierbar. Die CDU ist ein verlässlicher Partner der Landwirte.

Gesundheitspolitik

Die SPD kritisiert

das 1989 eingeführte Gesundheitsreformgesetz.

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung war unumgänglich: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung waren im Laufe der Zeit um ein mehrfaches stärker gestiegen als die Löhne, die den Beiträgen zugrunde lagen. In der Zeit von 1960 bis 1987 stand einem Ausgabenanstieg um 1.300 Prozent eine Lohn- und Gehaltssteigerung von 524 Prozent gegenüber. Die Beitragssätze wären auf 14 Prozentpunkte und höher gestiegen. Um die gesetzliche Krankenversicherung auf Dauer funktionsfähig und leistungsstark zu erhalten, war die Reform unausweichlich.

Fazit: Ohne das Gesundheitsreformgesetz wäre es nicht möglich gewesen, den Anstieg der Krankenversicherungsbeiträge in den Jahren 1989 bis 1991 zu stoppen und die Beiträge auf 12,2 Prozent im Jahre 1991 zu senken. Das wäre eine Minderbelastung der Beitragszahler für die Jahre 1989 bis 1991 von mehr als 30 Milliarden DM bedeutete. Die SPD hatte seinerzeit für das Verschieben der Reform plädiert. Die Belastung der Beitragszahler wäre also weitergegangen.

Die SPD erweckt den Eindruck,

als ob das 1992 verabschiedete Gesundheitsstrukturgesetz maßgeblich ihr zu verdanken sei.

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

Die Bundesregierung hat ein in sich schlüssiges und ökonomisch richtiges Konzept vorgelegt, das zunächst von der SPD massiv bekämpft wurde.

- Die SPD bezeichnete die geplanten Belastungen der Leistungserbringer als „Luftbuchung“,
- sie informierte falsch über geplante Zuzahlungsregelungen,
- sie verschwieg die sozialen Härtefallklauseln,

- sie versprach dagegen ihrerseits eine Vollversorgung vom Heftpflaster bis zur schwersten Operation, ohne darzulegen, wie dies finanziert werden sollte.

Erst auf einer Klausurtagung Anfang Oktober 1992 in Lahnstein konnte die unionsgeführte Bundesregierung die SPD auf den richtigen Kurs bringen und ein über die Parteigrenzen hinweg tragfähiger Konsens erreicht werden.

Damit war es gelungen, vier große Parteien einschließlich der SPD (!) und 16 Bundesländer, davon 8 SPD-regierte (!) in ein Boot zu bringen und ein derart schwieriges Maßnahmenpaket optimal zu beschließen.

Fazit: Die CDU hat das Gesundheitswesen vor dem Kollaps bewahrt. Wir garantieren auch in Zukunft gute medizinische Leistungen zu bezahlbaren Beiträgen für alle Bürger. Alle können sich auf unser Gesundheitssystem verlassen.

Die SPD behauptet,

1983 seien bei der Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen Zuzahlungen eingeführt worden.

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

Diese Maßnahmen traten zwar zu Beginn der Regierungszeit von Helmut Kohl in Kraft. Die SPD hatte jedoch bereits während ihrer Regierungszeit in dem Gesetzentwurf zur Änderung sozialrechtlicher Vorschriften Zuzahlungen beschlossen. Der Regierung Helmut Kohl war es zu verdanken, daß dieser Gesetzentwurf in wesentlichen Punkten verbessert wurde:

- die Zuzahlungspflicht bei Krankenhausaufenthalten gilt nicht für Kinder unter 18 Jahren und war auf 14 Tage im Kalenderjahr beschränkt,
- die Zuzahlung bei Kuren wurde dahingehend modifiziert, daß ebenfalls Kinder unter 18 Jahren ausgenommen waren, außerdem wurden Härtefallregelungen eingeführt.

Die SPD behauptet,

1983 seien Einmalzahlungen des Arbeitgebers (Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld) stärker in die Beitragspflicht einbezogen worden.

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

Einmalige Entgeltzahlungen des Arbeitgebers waren auch schon bisher beitragspflichtig in der Sozialversicherung, allerdings war es durch geschickte Wahl des Zahlungszeitpunktes möglich, die Versicherungsbeiträge in voller Höhe zu vermeiden, wenn Einkommen und Sonderzahlungen die monatliche Bemessungsgrenze überstiegen. Das hat diejenigen benachteiligt, die ein geringeres Einkommen haben.

Fazit: Die neu eingeführten Regelungen schafften mehr Gerechtigkeit für alle, Zuzahlungsregelungen sind sozial verträglich und verhindern Verschwendung. Die Beitragspflichten können nicht mehr durch die Wahl von Zahlungsterminen manipuliert werden.

Wohnungspolitik

Die SPD behauptet:

„Es besteht eine Unterversorgung mit Wohnungen in Höhe von 2,5 bis 3 Millionen.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Der Wohnungsbau boomt mit zweistelligen Zuwachsraten: 1992 sind 375.000 Wohnungen fertiggestellt worden (Verdoppelung gegenüber 1989), in diesem Jahr werden es über 400.000, im nächsten Jahr rund 500.000 Wohnungen sein.

2. Durch die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sind die Hypothekenzinsen auf einem historischen Tiefstand. Einen anhaltenden Aufschwung im Wohnungsbau versprechen außerdem das neue Wohnbaulandgesetz, verbesserte Förderbedingungen sowie die Lösung der Altschuldenfrage in den neuen Bundesländern. In den neuen Bundesländern wird ein Anstieg der Investitionen beim Wohnungsbau von gegenwärtig 13 Mrd. DM auf etwa 30 Mrd. DM erwartet.

3. Für den Haushalt des Bauministeriums ist 1994 ein Anstieg um 32,3 Prozent auf 10,6 Mrd. DM gegenüber 1993 vorgesehen.

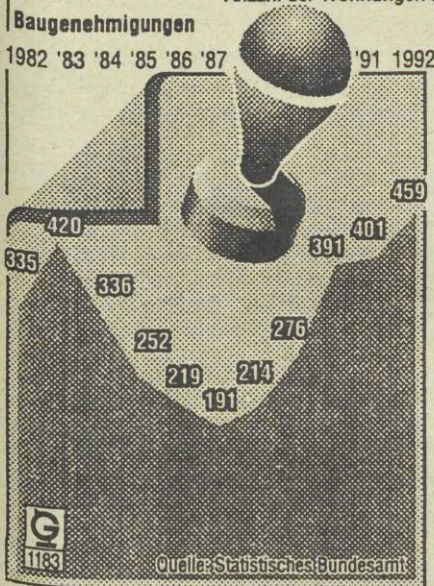
4. Die derzeit Wohnungssuchenden sind nicht alle wohnungslos, da sie häufig größere oder kleinere Wohnungen suchen oder den Wohnort wechseln wollen. Hinzu kommt der Trend zu Single-Haushalten und verstärkt auch

Hochkonjunktur im Wohnungsbau

Anzahl der Wohnungen in Westdeutschland in 1 000

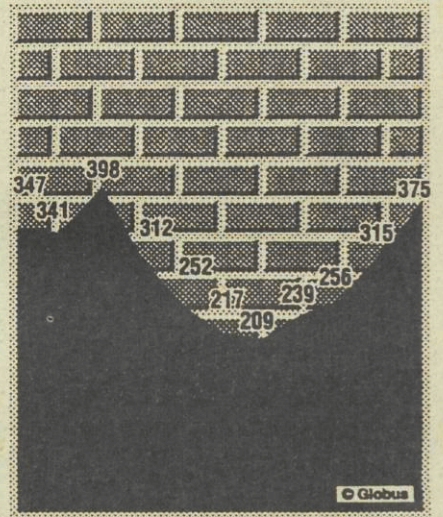
Baugenehmigungen

1982 '83 '84 '85 '86 '87 '91 1992



Baufertigstellungen

1982 '83 '84 '85 '86 '87 '88 '89 '90 '91 1992



durch die Suche immer jüngerer Menschen nach Wohnungen, um einen eigenen Hausstand zu gründen.

5. Die SPD-regierten Länder und Kommunen müssen dem Beispiel Baden-Württembergs und Bayerns folgen und Baugenehmigungsvereinfachungen beschließen. So sollten z. B. Ein- und Zweifamilienhäuser von der Genehmigungspflicht befreit werden.

Fazit: Deutschland nimmt einen internationalen Spitzenplatz in der Wohnraumversorgung ein.

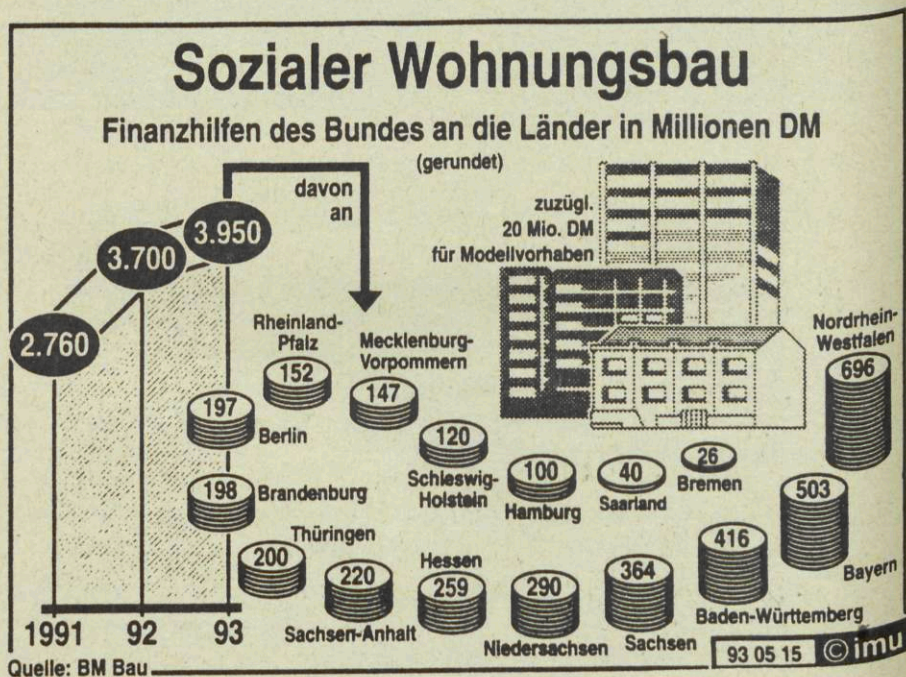
Die SPD behauptet:

„Die Bundesregierung verursacht den Niedergang des sozialen Wohnungsbaus. Der Bund hat sich 1986 aus dem sozialen Mietwohnungsbau zurückgezogen und stellt Mittel nur noch für Maßnahmen zur Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Die Förderung des privaten Wohnungsbaus ist effektiver als der soziale Wohnungsbau. Ein Beleg hierfür ist die hohe Zahl fehlbelegter Sozialwohnungen, wodurch die eigentlich Bedürftigen nicht von der staatlichen Förderung profitieren. Eine Förderung der Geringverdiener über Wohngeld ist hingegen genauer. Außerdem ist die Wohnbauförderung Sache der Länder, der Bund darf nur Beihilfe leisten. Auch die SPD-regierten Länder haben in den 80er Jahren die Förderung des sozialen Wohnungsbaus massiv gekürzt. Darüber hinaus haben sie die Bundesregierung 1985 aufgefordert, die Förderung wegen mangelnden Bedarfs einzustellen.

2. Die Bundesregierung hat ihr finanzielles Engagement von 450 Mio. DM 1988 auf 3,95 Mrd. DM 1993 ausgeweitet, weil wir insbesondere für alten- und krankengerechte Wohnungen auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen sind.



Fazit: Im Wohnungsbau herrscht Hochkonjunktur, da mit den milliarden-schweren staatlichen Förderprogrammen die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum befriedigt werden soll.

Bafög

Die SPD behauptet:

1982 wurde die Förderung bedürftiger Studenten und Studentinnen ab dem Wintersemester 1983/84 auf Volldarlehen umgestellt.

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

1. Mit der 12. und 13. Bafög-Novelle im Jahre 1990 erhöhte sich die Quote der geförderten Studenten in den alten Bundesländern um rund 25 Prozent. Damit konnte der langjährige Trend zur Abnahme der Quote der Geförderten umgekehrt werden. In den neuen Bundesländern erhalten gemäß der 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes sogar mehr als 88 Prozent der Studierenden Bafög-Leistungen. Im Ergebnis bedeutet dies, daß die Bafög-Förderung heute deutlich mehr Studierende des Mittelstandes erfaßt als 1988. Damit ist das Ziel der Bundesregierung erreicht worden, die Ausbildungsförderung auf die Familien in mittleren Einkommensbereichen auszu-dehnen.

2. 1990 wurde die Studienabschlußförderung eingeführt. Damit wird nunmehr die Möglichkeit geboten, bis zu 12 Monate über die Förderungshöchstdauer hinaus Geldleistungen gemäß dem Bafög zu bekommen, wenn die Anmeldung zur Abschlußprüfung erfolgt ist. Diese Förderung in der Abschlußphase des Studiums ist besonders wichtig, da sie für viele die Sicherung der finanziellen Grundlage am Ende des Studiums bedeutet.

3. Die Bundesregierung fördert mit flankierenden Maßnahmen in den Jahren 1990 bis 1994 den Bau von ca. 40.000 Studentenwohnheimplätzen mit 600 Mio. DM. In den neuen Bundesländern werden darüber hinaus in den Jahren 1993 bis 1997 zusätzlich 250 Mio. DM für den Bau von Studentenwohnraum zur Verfügung gestellt. Bereits in den Jahren 1991 und 1992 wurden 200 Mio. DM für die Sanierung und Modernisierung studentischen Wohnraums in den neuen Bundesländern bereitgestellt.

Fazit: Die Bundesregierung gewährleistet durch Bafög-Leistungen die materielle Grundlage für ein geregeltes Studium auch der finanziell weniger gut ausgestatteten Studenten.

Aufbau Neue Länder

Die SPD behauptet:

„Die CDU hat die Wiedervereinigung und deren Konsequenzen nicht richtig eingeschätzt.“

Die SPD verschweigt aber folgende Fakten:

Die Wirtschaft der neuen Bundesländer befindet sich im Vergleich zu den alten Bundesländern auf dem Stand von 1965. Dies wird durch eine Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft Ende 1992 belegt. Der nachfolgenden Abbildung ist zu entnehmen, daß sich in der Bundesrepublik seit 1965 erhebliche Umsetzungen bei den Beschäftigten vollzogen haben. Im Vergleich zur Bundesrepublik hat die ehemalige DDR einen Rückstand von 25 Jahren und muß in relativ kurzer Zeit einen Prozeß durchlaufen, der sich in den westlichen Marktwirtschaften in Jahrzehnten vollzog.

Nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft werden allein von diesem Strukturwandel ca. 1,4 Millionen Beschäftigte betroffen sein. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für die Wirtschafts-, sondern auch für die Arbeitsmarktpolitik. Als Illustration können einige Zahlen aus der Zeit nach 1948 gelten: Die Bundesrepublik erreichte Ende der 50er Jahre die Vollbeschäftigung. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden 6,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen, gleichzeitig gingen aber 50 Prozent der Arbeitsplätze von 1948 verloren.

Fazit: Die Situation in den neuen Bundesländern ist eine Folge der sozialistischen Mißwirtschaft, die eine weitgehende Neuordnung des Wirtschafts- und Sozialsystems notwendig macht. Die Konsequenzen hier im voraus richtig einzuschätzen, war wegen fehlender Informationen und der Einmaligkeit des Ereignisses nicht möglich. Die CDU begegnet den außergewöhnlichen Anforderungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs mit den vielfältigsten Maßnahmen.